

3752/J XX.GP

der Abg. Böhacker und Kollegen  
an den Bundesminister für Finanzen  
betreffend Auswirkungen der geplanten Familiensteuerreform auf die Bundesländer  
Länder und Gemeinden werden durch die Familiensteuerreform in den kommenden zwei Jahren rund zwei Milliarden Schilling an Steuereinnahmen verlieren. Der Chef der Finanzreferentenkonferenz Arno Gasteiger erklärte, daß es die Familiensteuerreform in dieser Form ohne neuerliche Finanzausgleichsverhandlungen zwischen Bund, Länder und Gemeinden nicht geben könne.

Diese Aussagen stehen im Gegensatz zu Ihren Erklärungen, wonach die Reform nur einen Ausbau der nunmehrigen Familienförderung darstelle und somit keine Verhandlungen zu führen seien.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Finanzen die nachstehende Anfrage

- 1.) Hat die geplante Familienreform finanzielle Auswirkungen auf die einzelnen Bundesländer?
- 2.) Wenn ja, in welcher Höhe für welchen Zeitraum und auf welcher gesetzlichen Grundlage?
- 3.) Teilen Sie die Forderung des Vorsitzenden der Finanzreferentenkonferenz Arno Gasteiger, der in diesem Zusammenhang neuerliche Finanzausgleichsverhandlungen zwischen Bund, Länder und Gemeinden fordert?
- 4.) Wenn nein, warum nicht?
- 5.) Wenn ja, wann werden Sie diese führen?